



INFORMATIONEN

aus der Forschung des BBSR

Urbane Strategien zum Klimawandel

Neun Modellvorhaben „Kommunale Strategien und Potenziale“ gestartet

Vielen wird der Winter 2009/10 als kalt in Erinnerung bleiben. Trotz weit unterdurchschnittlicher Temperaturen in Teilen Eurasiens und Nordamerikas – weltweit gemittelt war der Winter erneut ausgesprochen warm. Nach dem US-Klimadatencenter wurden auf der Südhalbkugel für den dortigen Sommermonat Februar sogar die durchschnittlich wärmsten je gemessenen Temperaturen verzeichnet. Der Klimawandel geht weiter.

Die letzten zehn Jahre waren auch in Deutschland die wärmste Dekade seit 130 Jahren, und Klimaprojektionen zeigen einen Trend zur weiteren deutlichen Verschärfung urbaner Wärmeinseln und von Extremwetter in Ballungsräumen. Städte sind aufgrund ihrer Bebauungsdichte und Flächenversiegelung besonders anfällig gegenüber Klimaänderungen (vgl. BBSR-Online-Publikation 23/09). So treffen z.B. künftig längere und intensivere Hitzeperioden auch auf eine alternde, klimaempfindlichere Bevölkerung. Wegen der Persistenz einmal gebauter Infrastruktur sind frühzeitige Strategien zur Anpassung an den Klimawandel für die Zukunftssicherung unserer Städte und Gemeinden grundlegend.



Hochwasser Elbe 2002 – Foto: S. Fleischhauer

Maßnahmen zum Klimaschutz sind seit etlichen Jahren fester Bestandteil der Kommunalpolitik (vgl. BBSR-Online-Publikation 25/09). Viele Städte und Gemeinden haben erkannt, dass Klimaschutz alleine nicht ausreicht. Es kommt darauf an, urbane Handlungskonzepte zum Klimaschutz und zur Anpassung an die Veränderungen zu entwickeln. Allerdings ist die Minderung und Anpassung an die unvermeidbaren Folgen des Klimawandels noch eine recht neue Herausforderung (vgl. BBSR-Online-Publikation 22/09).

Im Forschungsfeld Urbane Strategien zum Klimawandel widmet sich der Forschungsschwerpunkt „Kommunale Strategien und Potenziale“ der Frage, wie die Herausforderungen von Klimaschutz und Klimaanpassung auf kommunaler Ebene mit ihren Akteuren (Kommunalpolitik und -verwaltung, Unternehmen, Immobilieneigentümer, Bürgernetzwerke) und Instrumenten (Bauleitplanung, Stadtentwicklungsplanung) bewältigt werden können. Im Fokus steht die planerische Vorsorge, die Auswirkungen des Klimawandels zu mindern, etwa durch die Berücksichtigung von Kaltluftschneisen und die bewusste Gestaltung des Kleinklimas auf Quartiersebene. Was in der Praxis zur Bewältigung des Klimawandels tatsächlich erforderlich ist, soll anhand von guten Beispielen und Strategien auf unterschiedlichen Ebenen (Region, Stadt, Quartier, Objekt) untersucht werden.

Die jüngst gestarteten neun **ExWoSt-Modellvorhaben** – Städte-Region Aachen, Bad Liebenwerda, Essen, Jena, Nachbarchaftsverband Karlsruhe, Nürnberg, Regensburg, Saarbrücken und Syke – decken



Inhalt:

- Raumentwicklungsstrategien zum Klimawandel
- Neue Zugänge zum Flächenrecycling
- Bildung, Arbeit und Sozialraumorientierung
- Gemeindefinanzen in der Krise
- Werkstatt-Stadt: Quantitatives und qualitatives Wachstum
- Das Investitionsprogramm nationale UNESCO-Welterbestätten
- Regionale Daseinsvorsorgeplanung. Ein Leitfaden zur Anpassung der öffentlichen Daseinsvorsorge an den demographischen Wandel
- Flusslandschaften strategisch begreifen
- [Neues aus der Forschung](#)



Modellvorhaben

Weitere Informationen:
www.klimaexwost.de

Forschungsassistenz:

risk+plan consult
 Prof. Greiving & team
 mit bpw
 Baumgart+Partner

Kontakt:

Dr. Fabian Dosch
 Referat I 5
 Verkehr und Umwelt
 Tel.: 0228 99 – 401 23 07
 E-Mail:
 fabian.dosch
 @bbr.bund.de

sowohl hinsichtlich der Betroffenheit durch den Klimawandel als auch der Handlungsfelder der Stadtentwicklung ein breites Spektrum ab. Dabei sollen bis Frühjahr 2012 entsprechende Strategien und Aktionen erarbeitet und umgesetzt werden, möglichst mit innovativen Projektideen und engagierten Akteursnetzwerken im Rahmen eines auf die Potenziale des Modellraums abgestimmten Konzepts. Aus integrierten Ansätzen und planerischer Vorsorge resultiert eine klimawandelgerechte Stadtentwicklung in Stadt und Stadtregion. Als zentrales Beratungsinstrument für Kommunalpolitik und -verwaltung fungiert dabei das aus der Vorstudie hervorgegangene und weiterzuentwickelnde **Entscheidungsunterstützungstool „Stadtklimalotse“** (www.stadtklimalotse.net). Eine Datenbank (u. a. mit mehr als 130 Klimaanpassungsmaßnahmen) stellt schon jetzt ein umfassendes Angebot zur Orientierung und Information bereit.

Themenschwerpunkte aller neun Modellvorhaben sind der Umgang mit Grün- und Freiflächen im Klimawandel sowie die Einbeziehung der Öffentlichkeit in die Strategieentwicklung und -umsetzung. Je nach lokaler Betroffenheit gibt es darüber hinaus Bezüge zu Gesundheit, Stadtumbau, Denkmalpflege, Infrastruktur, Verkehr, Wirtschaft und Flächenentwicklung. Die Themenvielfalt zeigt, wie eng verzahnt die Anpassung an den Klimawandel mit den wesentlichen Aspekten der Stadtentwicklung ist. Vielfach können in den Modellvorhaben auch die mit dem Klimawandel verbundenen Chancen deutlich gemacht werden.

Zentrale Forschungsleitfragen beschreiben das Erkenntnisinteresse des BBSR / BMVBS, bauen auf Ergebnissen der Vorstudie auf und bilden den Rahmen für die Entwicklung von Zielen und Strategien:

- **Effekte und Verletzbarkeit:** Wie und wo wird das Stadtklima durch den Klimawandel verstärkt? Welche Typisierung erfolgt daraus? Welche spezifische Verletzbarkeit und Anpassungsfähigkeit von Städten und deren baulicher und Netzinfrastruktur gibt es, von Ballungsräumen bis hin zu kleineren Städten?
- **Aktionsfelder:** Welches Aufgabenspektrum von Städten zur Formulierung von Schutz-, Minderungs- und Anpassungsstrategien ist zu erarbeiten? Worin liegen die spezifisch neuen Aktionsfelder für stadtplanerischen Klimaschutz und -anpassung? (vgl. BBSR-Online-Publikation 26/09)

- **Leitbilder:** Was ist eine klimaangepasste, optimale Siedlungsstruktur? Wie verträgt sie sich mit städtebaulichen Leitbildern? (vgl. BBSR-Online-Publikation 24/09)
- **Akteure:** Welche Akteure sind für welche Anpassungs- und Schutzmaßnahmen zuständig? Wie lassen sich Akteure und Stakeholder motivieren, trotz Unsicherheiten und langfristiger Umsetzung?
- **Umgang mit Unsicherheit:** Wie gelingt ein klimagerechter Stadtumbau angesichts leerer öffentlicher Kassen und den Unsicherheiten von Szenarien der wirtschaftlichen, energiepolitischen, demographischen und klimatischen Entwicklung?
- **Rolle der Kommunen:** Welche Entscheidungen sind auf kommunaler Ebene für den öffentlichen Raum zu treffen? Welche Anreize können für den privaten Bereich gegeben werden? Wie kann die Rolle von Kommunen dabei gestärkt, wie können Rahmenbedingungen zur Umsetzung verbessert werden? Welche Relevanz hat der Klimawandel für die aktuellen Stadtentwicklungsprozesse?
- **Strategien:** Wie lassen sich Schwerpunkte (sektoral, räumlich) kommunaler Handlungskompetenz identifizieren? Welche Kosten sind damit verbunden? Wie kann die Widerstandsfähigkeit gefördert werden? Welche Entwicklungschancen ergeben sich aus der Anpassung an den Klimawandel?

Inzwischen wurden in allen neun Modellstädten lokale Auftaktveranstaltungen durchgeführt, in denen das Forschungsfeld vorgestellt und das Arbeitsprogramm mit den relevanten Akteuren vertieft wurde.

Ein weiterer Forschungsschwerpunkt widmet sich „**Immobilien- und wohnungswirtschaftlichen Strategien und Potenziale zum Klimawandel**“ in Pilotprojekten. Beide Forschungsschwerpunkte und deren Modellvorhaben und Pilotprojekte werden im Rahmen des **Auftaktkongresses „Urbane Strategien zum Klimawandel“** am 07. und 08. Juni 2010 in Berlin vorgestellt und diskutiert.

Raumentwicklungsstrategien zum Klimawandel: Konferenzbroschüre, Expertenworkshop, Forschungsfeldinfo



Anpassung an den Klimawandel ist ein gemeinsamer Lernprozess. Wichtiger Bestandteil des Forschungsfeldes „Raumentwicklungsstrategien zum Klimawandel“ im Aktionsprogramm Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) sind daher Konferenzen und Workshops, auf denen der aktuelle Kenntnisstand mit den regionalen Praktikern diskutiert und weiterentwickelt wird. Hierzu sind im I. Quartal 2010 drei Veröffentlichungen erschienen:

Konferenzbroschüre „Raumentwicklungsstrategien zum Klimawandel“

Hrsg.: BMVBS/BBSR, Berlin 2010

Die 2. MORO-Fachkonferenz vom 02.–03.07.09 in Berlin steckte den internationalen und intersektoralen Rahmen für die spezifischen Anforderungen an die Raumordnung und Fachpolitiken ab. Die umfangreich mit Abbildungen, Tabellen und Fotos u.a. aus einem Fotowettbewerb zum Thema Klimawandel illustrierte Broschüre dokumentiert Beiträge und Ergebnisse. Dabei setzte die Tagung mit über 200 Teilnehmern zwei Schwerpunkte:

- Am ersten Tag wurde im Rahmen von vier Workshops (Siedlung und Verkehr; Kritische Infrastrukturen; Berggebiete, Kulturlandschaft, Biodiversität; Flussgebiete, Küsten und Schifffahrt) über Klimawandelfolgen und die daraus resultierenden Anforderungen an die Raum- und Fachplanung diskutiert.
- Am zweiten Tag stellten sich erstmals die acht in 2009 gestarteten KlimaMORO-Modellvorhaben vor. Das Fazit der Arbeitsgruppen und der Diskussionen zu regionsspezifischen Maßnahmen wurde aus verschiedener Perspektive reflektiert.

Die Ergebnisse der Tagung werden derzeit insbesondere in den Modellvorhaben KlimaMORO weiterentwickelt, u.a. für den geplanten Aktionsplan Anpassung 2011 der Deutschen Anpassungsstrategie DAS.

Regionale Klimamodellierung für Anpassungsstrategien (Workshop-Paper)

BMVBS-Online-Publikation 07/10,
Hrsg.: BMVBS, Februar 2010

Regionale Klimamodellierungen sind grundlegend für die Entwicklung regionaler Anpassungsmaßnahmen und daraus abzuleitender Raumentwicklungsstrategien.

In den KlimaMORO-Modellregionen sind mehrere Klimamodelle im Einsatz, und zahlreiche regionale Klimabüros bieten Informationen. Dies eröffnet Interpretationsspielräume und damit Unsicherheiten für die jeweils handelnden Akteure. Eine gute Abstimmung an der Schnittstelle zwischen Modellierung im Ensemble und Planung ist daher unabdingbar.

Schwerpunkthemen eines Expertenworkshops waren die Möglichkeiten und Grenzen regionaler Klimamodellierungen zwecks Strategieentwicklung zur Anpassung:

- Was sind minimale, aber auch realisierbare Anforderungen an die Klimamodelle aus Sicht regionaler Akteure?
- Welche dieser Anforderungen erfüllen die Modelle schon jetzt und wo besteht weiterer Entwicklungsbedarf?
- Welche Anforderungen der Klimamodellierer bestehen zum Verständnis der Modelle und richtigen Anwendung durch regionale Akteure?

Die Ergebnisse der Veranstaltung sind in der vorliegenden Veröffentlichung dokumentiert. Dabei werden die Schnittstellen künftiger Aufgaben für Regionalplanung und Klimamodellierung skizziert.

MORO-Informationen 7/1

Hrsg.: BMVBS

Im MORO-Forschungsfeld „Raumentwicklungsstrategien zum Klimawandel“ werden in acht Modellregionen unter Einsatz des formellen und informellen raumordnerischen Instrumentariums Klimaanpassungsstrategien zwischen 2009 und 2011 entwickelt und mit ersten Umsetzungsschritten erprobt. Im Vordergrund steht hierbei die Nutzung und Weiterentwicklung des Instrumentariums der Regionalplanung/Raumordnung.

Traditionell widmet sich die erste Ausgabe der MORO-Informationen eines neuen Forschungsfeldes der Vorstellung des Modellvorhabens, der Forschungsleitfragen und insbesondere der Modellregionen, die ihre spezifischen Vulnerabilitäten, regionalen Ziele, Themenschwerpunkte und erwarteten Ziele prägnant vorstellen und den Arbeitsstand zum Dezember 2009 darlegen. Kurzberichte zu der o.g. Konferenz und den Workshops ergänzen das Heft.

Bearbeitung Konferenzbroschüre:
Planungsgruppe Agl,
A. Hartz & Team



Die Veröffentlichung kann kostenfrei bezogen werden bei:
gabriele.bohm
@bbr.bund.de

Bearbeitung BMVBS-Online-Publikation 07/10:
INFRASTRUKTUR & UMWELT,
Dr. P. Heiland & Team

Bearbeitung MORO-Info 7/1:
Institut Raum & Energie,
K. Fahrenkrug & Team



Die Veröffentlichung kann kostenfrei bezogen werden bei:
gisela.beckmann
@bbr.bund.de

Kontakt:

Dr. Fabian Dosch
Referat I 5
Verkehr und Umwelt
Tel.: 0228 99 – 401 23 07
E-Mail:
fabian.dosch
@bbr.bund.de



Die Veröffentlichung ist zu beziehen beim Selbstverlag des BBSR Postfach 21 01 50 53156 Bonn Fax: 0228 99 – 401 22 92 E-Mail: selbstverlag@bbr.bund.de zum Preis von 6,00 Euro (zzgl. Versand)

Neue Zugänge zum Flächenrecycling

Informationen zur Raumentwicklung, Heft 1.2010

In immer mehr Städten gehören über lange Zeit brachgefallene Flächen zum Stadtbild. Bundesweit ist von mehreren 10.000 ha überwiegend kleinteiligen Brachflächen auszugehen. Seit vielen Jahren ist die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und die Wiedernutzung brachliegender Flächen politisches Ziel. Entsprechend lang ist die Liste politischer Initiativen, einschlägiger Gesetzesänderungen sowie Forschungs- und Förderprogramme. Auch der jüngste Koalitionsvertrag der Bundesregierung zielt auf den Vorrang der Innentwicklung durch die Wiederverwendung und Umnutzung bereits genutzter Flächen.

Doch jeden Tag entstehen mehr Brachflächen, als baulich wiedergenutzt und in den Wirtschaftskreislauf zurückgeführt werden können. Rückblickend sind allenfalls punktuelle Erfolge beim Flächenrecycling feststellbar. Investoren bemängeln fehlende Investitions- und Planungssicherheit sowie Finanzierungsoptionen. Doch bauliches Recycling ist nicht alles. Die aktuellen Schrumpfungsprozesse in immer mehr Re-



Tetraeder Bottrop – Foto: F. Dosch

Wohnbrachen im Kontext der Flächenkreislaufwirtschaft. Dabei konzentrieren sich die meisten Beispiele auf einen Umgang mit Flächen, deren Entwicklung kein Selbstläufer ist, also Flächen vom Typ B (Potenzialflächen) und C (Reserveflächen). Knappe Kassen erfordern zunehmend kreative, zeitlich flexible und von vielen Akteuren getragene Zugänge zum Flächenrecycling.

In den Beiträgen des Themenheftes werden unterschiedliche Zugänge zum Flächenrecycling aufgegriffen: die Brachenaktivierung für Wohnbauprojekte aus der unterschiedlichen Perspektive der Hauptakteure; mögliche Einsatzbereiche, Finanzierungs- bzw. Organisationsstrukturen von Stadtentwicklungsfonds im Kontext der JESSICA-Initiative; neuartige Voraussetzungen für die besondere Rolle der Kreativwirtschaft für ein partizipatives Flächenrecycling; internationale Beispiele.

Abschließend widmet sich eine integrierte Betrachtung aus sozialer, kommunaler, unternehmerischer, juristischer und wissenschaftlicher Perspektive spezifischen Zugängen der Wiedernutzung von Brachflächen. Fünf aktuelle Trends kennzeichnen das Flächenrecycling: eine stärker volkswirtschaftliche Kostenbetrachtung, ein großräumigeres regionales Portfoliomanagement, eine Förderung der Kreativwirtschaft, neue Kommunikationsstrategien als „Kitt“ zwischen Parallelwelten der Flächenentwicklung und schließlich ein Pro für temporäre Nutzungen und Begegnungsstätten als flexible Antwort auf immer schnelllebigere Nutzungszyklen.

Die Beispiele zeigen, dass intelligentes und kreatives Flächenrecycling eine zentrale Stellschraube für den ressourcenschonenden, umweltverträglichen Umbau der europäischen Stadt bildet.



Bonner Bogen – Foto: F. Dosch

gionen Deutschlands erfordern eine neuartige, strategische und regionale Steuerung und innovative Entwicklungsansätze für den Umgang mit der zunehmend patchworkartigen Siedlungs- und Freiraumstruktur. Die verstreuten Brachflächen sind Chancen zur Innenentwicklung, zum klimaangepassten und energieeffizienten Stadtumbau.

Die vorliegende Ausgabe des IzR widmet sich den zahlreichen neuen, vorsorgenden Strategien, Konzepten und Projekten zur Förderung von Flächeneffizienz und Brachflächenrecycling. Sie reichen von beispielhaften Projekten baulicher Nachnutzungen über Zwischennutzungen bis hin zur Renaturierung, sowohl für städtische Gewerbe- als auch für

Kontakt:

Dr. Fabian Dosch
Referat I 5
Verkehr und Umwelt
Tel.: 0228 99 – 401 23 07
E-Mail:
fabian.dosch
@bbr.bund.de

Susanne Glöckner
BMVBS, Referat SW 21
Tel.: 030 18 – 300 62 13
E-Mail:
susanne.gloeckner
@bmvbs.bund.de

Bildung, Arbeit und Sozialraumorientierung

Informationen zur Raumentwicklung, Heft 2/3.2010

Bildung, Ausbildung und Beschäftigungsperspektiven für Langzeitarbeitslose zählen zu den Themen, die Jahr für Jahr aufs Neue die Hitlisten der politischen Debatten stürmen. Die Folgen geringer Bildungschancen und mangelnder Teilhabe am Arbeitsleben sind vor allem lokal spürbar und zeigen sich konzentriert in einzelnen Stadtquartieren. Daher ist es kein Wunder, dass zunehmend auch eine Verknüpfung von Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik mit sozialraumorientierten Strategien gefordert wird.



Die Stadt – ein Bildungspflaster für alle Jugendlichen? – Foto: R. Wagner

Konkret bedeutet dies: An den Lebenswelten ansetzen, Netzwerke bilden, integrieren und vor allem: Potenziale vor Ort nutzen! Aber zeigen die bisherigen Ansätze auch Erfolge? Falls ja: Welche Erfolgsfaktoren sind dafür auszumachen und meint wirklich jeder dasselbe, wenn vom „Sozialraum“ die Rede ist? Diesen Fragen geht das IzR-Themenheft in einer Reihe von Beiträgen aus Forschung und Praxis nach. Einen breiten Raum nimmt dabei das im Jahr 2008 gestartete Programm „Soziale Stadt – Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier – BIWAQ“ ein. Das vom Europäischen Sozialfonds und dem BMVBS finanzierte Programm ist das jüngste und bislang finanziell umfassendste Beispiel aus einer Reihe von Maßnahmen, mit denen das BMVBS bisher auf den Handlungsbedarf reagiert hat.

Die für das Heft ausgewählten Praxisbeispiele verdeutlichen die Bandbreite der geförderten Strategien und weisen nach, dass hier keinesfalls ohne theoretischen Bezug agiert wird. Es wird z. B. erklärt, wie ein Brautmodencluster einem benachteiligten Quartier zu Umsatz und Öffentlichkeit verhilft, welche Chancen in haushaltswissenschaftlichen Ansätzen liegen, und warum „Theater spielen“ im Arbeitsleben hilft.



Clusterdefinition Einzelhandelscluster Braut- und Abendmoden – Quelle: TIAD/IHZ

Grundlegendes bieten auch Beiträge aus der „Nationalen Stadtentwicklungspolitik“: Als explizite Ergänzung der „Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“ wird ein Thesenpapier zum Handlungsfeld Bildung vorgestellt. Der zweite Beitrag beleuchtet ein vergleichsweise junges, aber umso spannenderes Thema: das informelle Lernen. Gerade der Sozialraum bietet Lerngelegenheiten außerhalb der Schule. Gleiches gilt aber auch für die gemeinwohlorientierte Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen. Es muss nicht immer nur die zusätzliche Pflege von Grünanlagen sein. Wenn diejenigen, die sich vor Ort auskennen, in die Suche nach Beschäftigung eingebunden werden, können Bedarfe im Quartier besser mit den Bedürfnissen und Interessen der Arbeitssuchenden zusammengebracht werden.

Mal mehr, mal weniger deutlich benennen die Beiträge aber auch die Grenzen der Sozialraumorientierung. Diese werden vor allem durch wirtschaftliche und rechtliche Rahmenbedingungen gesetzt. Zum Teil liegt es aber auch einfach an der Definition von Sozialraum. Hier sind konkurrierende und parallele Modellvorstellungen im Spannungsfeld von funktionalem Planungs- und individuell konstituiertem Sozialraum unterwegs. Das Heft bietet in diesem Kontext auch Unterstützung bei der Verortung der eigenen sozialraumorientierten Arbeit in Forschung und Praxis. Insgesamt zeigt es den besonderen Mehrwert der Sozialraumorientierung auf: Über die Verknüpfung mit den Lebenswelten der benachteiligten Zielgruppen erreichen die Projekte diese vor Ort und ermöglichen neue Lernprozesse und Erfahrungsräume. Damit fördern sie gleichzeitig ihre räumliche und soziale Mobilität. Der Wohnort wird so nicht zur „Falle“, sondern zum Potenzial!



Die Veröffentlichung ist zu beziehen beim Selbstverlag des BBSR Postfach 21 01 50 53156 Bonn Fax: 0228 99 – 401 22 92 E-Mail: selbstverlag@bbr.bund.de zum Preis von 12,00 Euro (zzgl. Versand)



Das Quartier als Stoff für die Bühne
Quelle: Projektfabrik e.V.

Kontakt:

Orhan Güles
Regine Wagner
Referat I 4
Regionale Strukturpolitik
und Städtebauförderung
Tel.: 0228 99 – 401 12 21
401 23 34

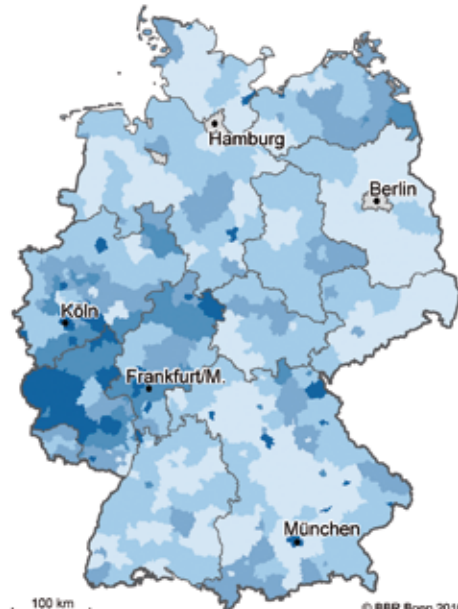
E-Mail:
orhan.gueles
@bbr.bund.de
regine.wagner
@bbr.bund.de

Gemeindefinanzen in der Krise – Kassenkredite explodieren

Um die öffentlichen Haushalte ist es schlecht bestellt. Nicht zuletzt durch die Finanz- und Wirtschaftskrise haben die Schulden von Bund, Ländern und Gemeinden einschließlich der Extrahaushalte im Jahr 2009 fast 1,7 Billionen Euro erreicht. Damit steht jeder Einwohner Deutschlands mit rund 20.600 Euro in der Kreide. Nach den öffentlichen Haushalten differenziert, trägt der Bund mit 62 % mit Abstand die Hauptlast der Verschuldung. Es folgen die Länder- und Kommunalhaushalte mit 31 % bzw. 7 %.

Obwohl der Anteil der Gemeindefinanzen an den Gesamtschulden vergleichsweise gering ist, spüren die Menschen die fiskalischen Engpässe ihrer Stadt und Gemeinde deutlich: So werden Öffnungszeiten der Bücherei gekürzt, die Zuschüsse für die Sportvereine verringert oder ganz gestrichen, das Theater wird geschlossen, die Schule nicht saniert. Eine hohe kommunale Verschuldung und eine niedrige Finanzkraft können auf Dau-

Schulden



Schulden der Gemeinden/Gemeindeverbände und der kommunalen rechtlich unselbständigen Einrichtungen 2008 in Euro je Einwohner

	bis unter 1 000
	1 000 bis unter 1 500
	1 500 bis unter 2 000
	2 000 bis unter 2 500
	2 500 und mehr
	Stadtstaaten

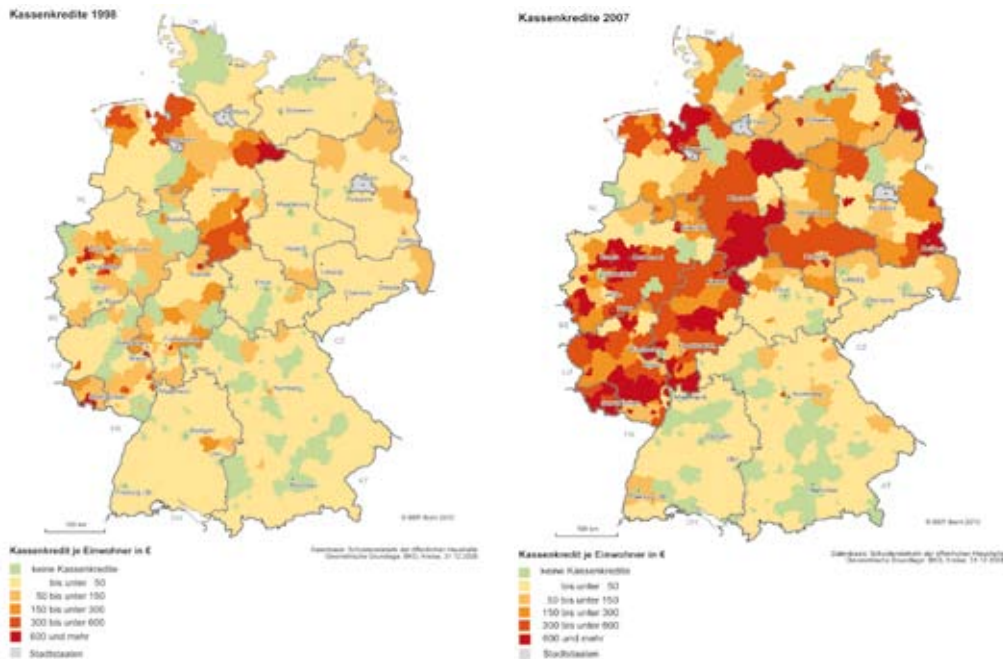
Datenbasis: Laufende Raubeobachtung des BBSR, Statistik über Schulden des Bundes und der Länder
Geometrische Grundlage: BKG, Kreise 31.12.2008



er die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zwischen den Städten und Regionen einschränken. Immer mehr kommunalen Gebietskörperschaften fällt es schwer, die Differenz zwischen laufenden Einnahmen und Ausgaben mit einem positiven Ergebnis zu schließen. Folge: Im Jahr 2009 standen die kommunalen Gebietskörperschaften mit rund 112 Mrd. Euro in der Kreide. 1998 waren es noch 10 Mrd. Euro weniger. Die regionalen Ungleichgewichte in der kommunalen Verschuldung sind beachtlich.

Warum ist die kommunale Verschuldung so hoch? Die Argumente reichen von einer generellen Unterfinanzierung der kommunalen Haushalte über das Übertragen von Pflichtaufgaben an die Kommunen ohne vollständigen finanziellen Ausgleich bis hin zu „hausgemachten“ Ursachen. Einfache Antworten gibt es nicht. Umso schwieriger also die Aufgabe, die sich die Regierungskommission zur Gemeindefinanzreform Anfang des Jahres gestellt hat. Neben zu prüfenden Entlastungsmöglichkeiten auf der Ausgaben-seite soll die Kommission auch über einen Ersatz für die Gewerbesteuer nachdenken. Zudem soll u. a. ein kommunaler Zuschlag auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie ein höherer Anteil der Kommunen an der Umsatzsteuer geprüft werden. Die Kommission beabsichtigt, ihren Abschlussbericht möglichst noch in diesem Jahr vorzulegen.

Wie dringend ein erfolgreicher Abschluss dieser Reformbemühungen ist, lässt sich unter anderem auch an der Entwicklung der kommunalen Kassenkredite ablesen. Diese Form der kommunalen Verschuldung – vergleichbar dem Überziehungskredit auf privaten Girokonten – spielt in der kommunalen Wirklichkeit eine immer größere Rolle. Ein solcher Kassenkredit soll grundsätzlich nur zur kurzfristigen Sicherung der Liquidität der öffent-



lichen Hand dienen. Somit ist das Instrument des Kassenkredites eher als Ausnahme denn als Regel in das fiskalische Instrumentarium der Kämmerer eingeführt worden.

Die Realität sieht anders aus. Viele Städte und Gemeinden können ihre laufenden Ausgaben nur noch über Kassenkredite finanzieren. Haben z. B. in den alten Ländern im Zeitraum 1998 bis 2002 noch 293 Städte und Gemeinden jedes Jahr einen Kassenkredit genutzt, so waren es zwischen 2003 und 2007 schon 562 Städte und Gemeinden. Damit wächst auch das Volumen der Kassenkredite. Im Jahre 1999 wurden knapp 6 Mrd. Euro an Kassenkrediten in Deutschland beansprucht. 2008 waren es schon 30 Mrd. Euro. Im Krisenjahr 2009 ist ein Volumen der Kassenkredite in Höhe von fast 35 Mrd. Euro realistisch.

Kurzfristige Steuereinbrüche – allein für das Jahr 2009 wird mit rund 8 Mrd. Euro Verlust gerechnet – können nicht durch kurzfristige Sparmaßnahmen kompensiert werden. Langfristige Daueraufgaben und ein hoher gesetzlicher Pflichtkatalog im kommunalen Aufgabenspektrum machen schnelle Anpassungen nahezu unmöglich. Somit steht fest, dass die 2008 ausgelöste Finanz- und Wirtschaftskrise nicht spurlos an den öffentlichen – und damit auch an den kommunalen – Haushalten vorbei geht.

Wird das Phänomen „Kassenkredite“ näher beleuchtet, so ergibt sich folgendes Bild:

- Kassenkredite sind vor allem ein Phänomen der alten Länder. 90 % aller deutschen Kassenkredite werden hier veranschlagt.

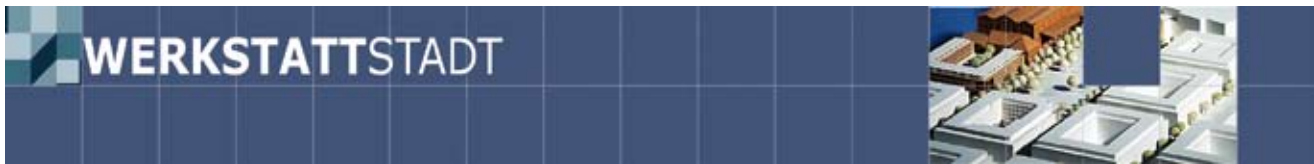
- Kassenkredite werden vor allem von kreisfreien Städten und weniger von Landkreisen beansprucht, wenngleich auch letztere diese zunehmend in Anspruch nehmen. Kassenkredite besitzen vor allem in Großstädten eine hohe Relevanz.
- Kassenkredite sind räumlich stark konzentriert. 25 kreisfreie Städte und Kreise mit den höchsten Kassenkrediten vereinten im Jahr 2007 51 % aller Kassenkredite auf sich. In diesen 25 kreisfreien Städten und Kreisen lebten 8 Millionen Einwohner.

Für eine Gemeindefinanzreform könnten diese Ergebnisse von Bedeutung sein, wenn der Nachweis gelingt, dass die räumliche Verteilung nicht das Ergebnis autonomer kommunaler Entscheidungen darstellt, sondern strukturell begründbar ist. Eine Analyse nach der bekannten BBSR-Schrumpfungs-Wachstums-Typik scheint strukturelle Erklärungen liefern zu können. Aber auch hier gibt es keine einfachen Antworten. Denn die Höhe und Entwicklung der Kassenkredite müssen auch im Spannungsfeld der Zinsdifferenzen zwischen der eher langfristigen und kurzfristigen Verschuldung gesehen werden. So waren die Zinsen für eine kurzfristige Verschuldung in der Vergangenheit niedriger als die Zinsen für eine langfristige. Inwieweit dies zur Ausweitung der Kassenkredite zu Lasten der langfristigen Verschuldung auf dem Kapitalmarkt geführt hat, müsste näher untersucht werden. Dennoch: Die kommunalen Finanzen brauchen eine dauerhafte solide Basis, losgelöst von Fragen und Formen des kommunalen Schuldenmanagements.

Kontakt:

Dr. Markus Eltges
Renate Müller-Kleißler
Referat I 6
Raum- und
Stadtbeobachtung
Tel.: 0228 99 – 401 23 38
401 23 06

E-Mail:
markus.eltges
@bbr.bund.de
renate.mueller-kleissler
@bbr.bund.de



Werkstatt-Stadt: Quantitatives und qualitatives Wachstum

Weitere Informationen:
www.werkstatt-stadt.de

Demnächst geht das 200. Beispiel für Beiträge aus der städtebaulichen Praxis zur nachhaltigen Stadtentwicklung online. Wir halten also unser Versprechen aus den Anfängen der Internetseite werkstatt-stadt.de, nämlich: „Die Projektdatenbank mit innovativen Projekten aus dem Städtebau wird wachsen! Künftig werden neue Praxisbeispiele dazu kommen!“

Zugleich bemühen wir uns um „qualitatives Wachstum“ der bundesweiten Beispielsammlung. Die präsentierten Projekte werden seit Anfang 2005 primär aus Vorhaben der städtebaulichen Forschungs- und Förderprogramme des Bundes generiert. Aufgrund der wissenschaftlichen Begleitung dieser Programme durch das BBSR ist eine solide Beurteilungsgrundlage für die Projekte gegeben. Im Zuge der wissenschaftlichen Begleitung hat das BBSR bislang Praxisbeispiele aus folgenden Themenfeldern aufbereitet:

- Flächenrecycling
- Zwischennutzung und neue Freiflächen
- Renaturierung als Strategie nachhaltiger Stadtentwicklung
- Städte der Zukunft
- Energetische Stadterneuerung
- Verkehr in städtischen Quartieren
- Stadtquartiere für das Leben im Alter
- Stadtquartiere für Jung und Alt
- Stadtumbau West
- Stadtumbau Ost
- Lebenswerte Innenstädte

Auf diese Weise ist ein breites und zugleich tiefgehendes Projektwissen zusammengekommen. Mittlerweile deckt die Projektdatenbank relevante Handlungsfelder nachhaltiger Stadtentwicklung ab:

- Haushälterisches Bodenmanagement
- Vorsorgender Umweltschutz
- Stadtverträgliche Mobilitätssteuerung
- Sozialverantwortliche Wohnungsver-sorgung

- Standortsichernde Wirtschaftsförderung
- Integrierte Stadtentwicklung

Im Zentrum von Werkstatt-Stadt stehen die weniger bekannten Lösungsansätze und nicht solche Projekte, die ohnehin schon prominent sind. Denn nachhaltig wirksame Beiträge für zukunftsfähige Städte und Gemeinden entstehen zumeist im Kontext alltäglicher Aufgaben und müssen sich im städtebaulichen Tagesgeschäft bewähren. Die Projektsammlung umfasst insgesamt ein breites Spektrum städtebaulicher Gebiets- und Maßnahmentypen und ist weit über das Bundesgebiet gestreut.

Der Charakter der dokumentierten Projekte auf Werkstatt-Stadt ist durch Praxisbezug gekennzeichnet. Die Beispiele sind realisiert und ihre Praktikabilität ist erwiesen. Ihre Beiträge zur nachhaltigen Stadtentwicklung sind fachlich geprüft. Die städtebaulichen Lösungsansätze gehen über übliche Standards hinaus und empfehlen sich zur Nachahmung. Die baulich-räumliche Relevanz der präsentierten Projekte reicht über ein einzelnes Objekt hinaus. Die Projekte entfalten Wirkung in den alltagsweltlichen Aktionsräumen der Menschen, nämlich auf der Quartiersebene.

Die Darstellung der Beispiele im Internet ist einheitlich strukturiert und illustriert; sie wird laufend aktualisiert und um weiterführende Informationsquellen ergänzt. Die Projektinformationen sind selbsterklärend und übersichtlich. Effekte und Anknüpfungspunkte für Übertragbarkeiten werden in Wort und Bild erläutert. Diverse Informationszugänge und Weiterleitungen verbinden sich mit einfacher Navigation und schnellem Seitenaufbau.

Die Beispielsammlung ist ein anwendungsorientiertes Informationsangebot für das breite Fachpublikum. Auch für die Zukunft halten wir unseren Anspruch auf quantitative und qualitative Weiterentwicklung aufrecht: „Werkstatt-Stadt wird in Bewegung bleiben. Die Projektdatenbank wird wachsen. Neue Praxisbeispiele werden dazu kommen.“

Kontakt:

Bernd Breuer
Robert Schmell
Referat I 2
Stadtentwicklung
Tel.: 0228 99 – 401 22 68
401 12 50

E-Mail:
bernd.breuer@bbr.bund.de
robert.schmell@bbr.bund.de

Das „Investitionsprogramm nationale UNESCO-Welterbestätten“

Ein Förderprogramm der Bundesregierung 2009–2014

Erbe der Welt – mit diesem Titel zeichnet die UNESCO seit 1975 Kultur- und Naturgüter aus, die von so außergewöhnlichem Wert sind, dass ihr Schutz über die jeweiligen Landesgrenzen hinaus von der internationalen Gemeinschaft gewährleistet werden soll. Deutschland ist derzeit mit 33 Denkmälern bzw. Denkmalkomplexen auf der Liste der UNESCO vertreten. Welterbestätten sind einzelne Baudenkmäler wie der Kölner Dom oder das Bremer Rathaus, Gartenanlagen wie der Muskauer Park oder das Dessau-Wörlitzer Gartenreich, Industriedenkmäler wie die Völklinger Hütte oder die Essener Zeche Zollverein, oder Flächendenkmäler wie die Altstädte in Stralsund, Quedlinburg und Bamberg oder das Obere Mittelrheintal. Als einzige Naturdenkmäler in Deutschland sind die Grube Messel und das Wattenmeer in die UNESCO-Welterbeliste aufgenommen.

Mit dem „Investitionsprogramm nationale UNESCO-Welterbestätten“ unterstützt die Bundesregierung dringend notwendige Investitionen in den Erhalt dieser Stätten. Das BMVBS hat das BBSR mit der Umsetzung des Programms beauftragt. Das BBSR führt in diesem Zusammenhang auch die Begleitforschung zum Thema Welterbe und Stadtentwicklung durch. Darüber hinaus sind zahlreiche Veranstaltungen geplant, unter anderem ein „Familientreffen Welterbe“ zum Thema Managementpläne und Pufferzonen und ein Treffen mit Welterbevertretern aus dem europäischen Ausland. In den Jahren 2009 bis 2013 werden insgesamt 150 Mio. Euro zur Verfügung gestellt; eine zweite Auflage mit ca. 70 Mio. Euro in den Jahren 2010-2014 ist geplant. Mit diesen Geldern werden die Kommunen unterstützt, ihre Erbestätten zu erhalten und für eine welterbeverträgliche Stadtentwicklung zu sorgen. Die Verleihung des Welterbestatus ist von großer Bedeutung. Zum einen steigt die touristische Attraktivität der Welterbestätten, was aber auch Folgekosten durch die intensive Nutzung nach sich zieht. Zum anderen werden erhöhte Erwartungen an den Erhalt und Unterhalt der Welterbestätten und an die Planungs- und Baukultur vor Ort gestellt. Der Bund hat insofern ein vitales Interesse an der Förderung der UNESCO-Welterbestätten.

Gefördert werden investive sowie konzeptionelle Maßnahmen, die der Erhaltung, Sanierung oder Weiterentwicklung nationaler UNESCO-Kultur- und Naturerbestätten dienen und modellhaften Charakter für die städtebauliche Entwicklung der Welterbekommunen besitzen. Aus den eingegangenen Bewerbungen werden 148 Projekte in insgesamt 47 Kommunen gefördert. Im Jahr 2009 sind an diese Kommunen insgesamt Fördergelder von ca. 46 Mio. Euro geflossen.

Ein Projekt kann die Sanierung eines Gebäudes in einer historischen Altstadt sein, die Erstellung eines Leitsystems für Touristen, oder die Konzeption einer welterbeverträglichen Nutzung. Die große Mehrzahl der Projekte beinhaltet Bau- und Restaurierungsmaßnahmen. Manche Projekte umfassen auch mehrere Gebäude oder Straßenzüge. Viele Projekte gliedern sich in einzelne Teilprojekte.

Beispiele geförderter Projekte:

- Bad Muskau (Muskauer Park): Wiederaufbau der im Zweiten Weltkrieg zerstörten Englischen Brücke über die Neiße (Schaffung einer neuen Verbindung zwischen Deutschland und Polen)
- Bamberg (Altstadt): Urbaner Gartenbau – Strukturierungs- und Vermarktungskonzept für den seit dem Mittelalter bestehenden Gartenbau in der Altstadt
- Dessau (Stätten des Bauhauses): Bau eines zentralen Besucher- und Ausstellungszentrums
- Essen (Industriekomplex Zeche Zollverein): Sanierung von Kammgebäude, Vorkühlergebäude und anderen Industriegebäuden
- Neustadt/Donau (Limes): Sanierung des Römerkastells Abusina
- Quedlinburg (Altstadt): Maßnahmen am Schlossberg (Verbesserung der Niederschlagswasserableitung, Sanierung der einsturzgefährdeten Stützmauern, Brandschutz, Schwammsanierung etc.)
- Regensburg (Altstadt): Sanierung der Steinernen Brücke aus dem 12. Jahrhundert
- Würzburg (Residenz): Städtebaulicher Ideenwettbewerb zur Verbesserung der Erschließung

Weitere Informationen:
www.welterbeprogramm.de



Quelle: Stadt Maulbronn,
Klosterhof mit Mühle



Quelle: Weltkulturerbe Völklinger
Hütte / Gerhard Kassner

Auftragnehmer (Begleitagentur):

ProProjekt GmbH
Dr. Marcus
Gwechenberger
marcusgwechenberger
@proprojekt.de
Tel.: 069 – 60 50 11 - 409

Kontakt:

Dr. Olaf Asendorf
Dr. Florian Urban
Referat I 7
Baukultur, Architektur,
Städtebau
Tel.: 0228 99 – 401 13 26
E-Mail:
welterbe@bbr.bund.de



Die Veröffentlichung kann kostenfrei bezogen werden bei:
 Referat-I1@bbr.bund.de
 Stichwort:
 Werkstatt:Praxis 64

Auftragnehmer:

Gertz Gutsche Rümenapp
 GbR, Hamburg
 Dr. Jens-Martin Gutsche
 Gutsche@ggr-planung.de

Raum & Energie, Institut
 für Planung, Kommunika-
 tion und Prozessmanage-
 ment GmbH, Wedel
 Dr. Michael Melzer
 melzer@raum-energie.de

Leipzig-Institut für ökolo-
 gische Raumentwicklung
 (IÖR), Dresden
 Georg Schiller
 g.schiller@ioer.de

Kontakt:

Klaus Einig
 Referat I 1
 Raumentwicklung
 Tel.: 0228 99 – 401 23 03
 E-Mail:
 klaus.einig
 @bbr.bund.de

Leitfaden für eine integrierte, bereichsübergreifende regionale Daseinsvorsorgeplanung erschienen

Werkstatt: Praxis, Heft 64, Hrsg.: BMVBS, Berlin 2010

Wie eine integrierte, bereichsübergreifende Daseinsvorsorgeplanung auf kommunaler und regionaler Ebene organisiert werden kann, demonstriert der Leitfaden „Regionale Daseinsvorsorgeplanung“, der im Rahmen des Modellvorhabens der Raumordnung (MORO) „Regionalplanerische Handlungsansätze zur Gewährleistung der öffentlichen Daseinsvorsorge“ entstanden ist. In drei Modellregionen, den Landkreisen Dithmarschen und Steinburg in Schleswig-Holstein sowie den regionalen Planungsregionen Mecklenburgische Seenplatte in Mecklenburg-Vorpommern und Havelland-Fläming in Brandenburg konnte die methodische Vorgehensweise der integrierten, bereichsübergreifenden Daseinsvorsorgeplanung praktisch getestet werden. Die gesammelten Erfahrungen wurden im Leitfaden leserfreundlich aufbereitet.

Öffentliche Daseinsvorsorge umfasst die Versorgung mit Energie, Wasser, Telekommunikation, öffentlichem Nah- und Fernverkehr, die Abfall- und Abwasserentsorgung ebenso, wie die Grundversorgung mit Gesundheitsdiensten, Kinderbetreuung, Schulausbildung und Altenpflege. Der demographische Wandel bedeutet für die öffentliche Daseinsvorsorge unterschiedliche Herausforderungen. Sinkt die Nachfrage, muss das Angebot vielfach reduziert werden. Steigt die Nachfrage, sind Angebote auszudehnen. In vielen Gemeinden, Landkreisen und regionalen Planungsräumen gehen Ausbau und Reduktion Hand in Hand, weil es immer mehr ältere Menschen gibt, und gleichzeitig der Anteil der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwerbstätigen abnimmt. Egal ob Angebote reduziert oder ausgebaut werden, immer stellen sich Anpassungsprozesse des Daseinsvorsorgeangebots als komplexe Planungsaufgabe dar.

Sollen Kosten gespart, flexible Organisationsformen eingerichtet, Filialen und Standorte betriebswirtschaftlich sinnvoll ausgelastet, zukünftige Versorgungsdefizite der Bevölkerung in der Fläche vermieden sowie eine Verschlechterung der Erreichbarkeitsverhältnisse abgewehrt werden, ist eine integrierte Planung des Anpassungsprozesses der öffentlichen Daseinsvorsorge unabdingbar. Eine solche bereichsübergreifende Planung findet in den meisten Kommunen

und Regionen allerdings noch nicht im erforderlichen Maße statt. Jede Infrastruktur wird mehr oder weniger unabhängig von anderen Daseinsvorsorgebereichen durch spezialisierte Fachplaner verwaltet. In der Praxis führt dies beispielsweise dazu, dass das Schulstandorte und das Angebot des öffentlichen Personennahverkehrs unabhängig von einander entwickelt werden. Mit negativen Folgen: Die durch Schulschließungen erzielten Einsparungen werden durch erhöhte Aufwendungen für die Bewältigung der verlängerten Wege bei der Schulbeförderung wieder aufgezehrt. Will man dies vermeiden, muss eine systematische Folgenabschätzung die Auswirkungen einer Anpassungsmaßnahme für andere Bereiche der Daseinsvorsorge im Vorhinein ermittelt werden.

Wie dies in der Praxis geschehen kann, demonstriert der Leitfaden „Regionale Daseinsvorsorgeplanung“. Für kommunale und regionale Akteure, Träger von Einrichtungen der Daseinsvorsorge, Vertretern der Zivilgesellschaft und interessierte Bürgern enthält der Leitfaden wichtige Hintergrundinformationen über sinnvolle Organisationsmodelle und geeignete Instrumente.

Die folgenden Arbeitsschritte einer regionalen Daseinsvorsorgeplanung werden verständlich erläutert und durch konkrete Beispiele illustriert:

1. Aufbau der Organisationsstruktur für den regionalen Dialog und Bestandsaufnahme sowie Trendprognose einschließlich Kostenrechnung und Erreichbarkeitsmodellierung.
2. Erarbeitung alternativer Entwicklungsvorstellungen unter Zugrundelegung regionaler Präferenzen und Qualitätskriterien. Anschließender Vergleich der Varianten in Bezug auf Anpassungskosten- und Erreichbarkeitsfolgen.
3. Weitere Ausarbeitung des sozial- und kostenverträglichen „Anpassungsszenarios“ und anschließender kollektiver Beschluss durch Regionalversammlung bzw. Kreistag.
4. Implementierung der Ergebnisse durch Zielvereinbarungen und/oder verbindliche Festlegungen in Regionalplänen.

Flusslandschaften strategisch begreifen

Werkstatt: Praxis, Heft 67, Hrsg.: BMVBS, Berlin 2010

Flusslandschaften stehen vor vielfältigen Herausforderungen. Flüsse sind ökonomische Entwicklungsachsen und werden als Wasserstraßen genutzt. Zugleich ist der Trend zum „Wohnen am Wasser“ ungebrochen. Der Klimawandel führt zu einer Zunahme von Hoch- und Niedrigwasserereignissen.

Die Entwicklung von Flusslandschaften bedeutet auch den Umgang mit einzigartigen Kulturräumen und eröffnet Potenziale für eine identitätsbasierte kooperative Regionalentwicklung. Die Auseinandersetzung mit den Problemen, aber auch den Chancen, die diese Räume bieten, gehört zu den anspruchsvollen Handlungsfeldern der Flusspolitik. Die MORO-Studie „Wechselbeziehungen zwischen regionaler Kulturlandschaftsgestaltung, vorbeugendem Hochwasserschutz und Niedrigwasservorsorge“ fasst „Flusslandschaft“ daher als strategischen Begriff zur Verknüpfung der verschiedenen Perspektiven auf.

Einer gemeinsamen Betrachtung der Handlungsfelder Hochwasservorsorge und Kulturlandschaftsentwicklung stehen aktuell unterschiedliche räumliche Abgrenzungen (Flusseinzugsgebiet, -landschaft sowie Verwaltungsgebiet) und zeitliche Abläufe (durch gesetzliche Vorgaben) entgegen. Die Studie zeigt hier die Notwendigkeit einer zunehmenden fachübergreifenden Koordinierung und Synchronisierung. Grund ist u. a. das sich wandelnde Kulturlandschaftsverständnis in der Raumentwicklungspolitik hin zu einer integrierten Entwicklung ganzer Landschaftsräume. Zugleich wird der Hochwasserschutz verstärkt als flächenbezogener Ansatz betrachtet, der das gesamte hydrologische Einzugsgebiet mit den Möglichkeiten des Wasserrückhalts in der Fläche berücksichtigt.

Vier regionale Fallstudien wurden exemplarisch untersucht:

- Emscherregion: wasserwirtschaftlicher Umbau der urbanisierten Flusslandschaft und integrierte Landschaftsentwicklung,
- Fränkisches Seenland: ländlicher Entwicklungsansatz zur Integration von Tourismusmanagement und Niedrigwasservorsorge,
- Regionale 2010 – Städteregion Köln/Bonn: Erprobung kommunikativer und projektorientierter Ansätze zur Flusslandschaftsentwicklung,

- Havelregion: Bundesgartenschau 2015 im regionalen Maßstab einer Flusslandschaft.

Die empirischen Analysen verdeutlichen, dass der Mehrwert einer Verzahnung von Kulturlandschaftsgestaltung und Hoch- bzw. Niedrigwasservorsorge auf Projektebene bereits partiell erkannt und im Sinne einer nachhaltigen Flusslandschaftsentwicklung genutzt wird. Die Fallstudien zeigen innovative integrierte Projekte, die Instrumente wie interkommunale Organisationsformen, Masterpläne und intersektorale Gutachten für sektorübergreifende regionale Kooperationen nutzen. Die Rolle der Regionalplanung bleibt allerdings bislang auf ihre Kernaufgaben zur Flächensicherung für die Hochwasservorsorge beschränkt. Grundsätzlich zeigt sich ein Problembewusstsein für die Folgen des Klimawandels. Die Unsicherheit der Prognosen verhindert bislang jedoch proaktive Lösungsansätze. Das Handlungsfeld „Niedrigwasser“ wird in seiner Bedeutung von den Akteuren erkannt, auf Projektebene findet aber noch keine umfassende räumliche Niedrigwasservorsorge statt.

Wesentliche Herausforderungen bestehen darin,

- Steuerungsansätze für die Gestaltung von Flusslandschaften ressortübergreifend zu entwickeln,
- die Regionalplanung als Initiator zur Integration von Aspekten der Kulturlandschaftsgestaltung, des vorbeugenden Hochwasserschutzes und der Niedrigwasservorsorge zu stärken,
- Flusslandschaften als Schwerpunkträume regionalspezifischer Klimaanpassungsstrategien zu gestalten und
- Strategien zur Bewusstseinsbildung und Kommunikation von Flusslandschaften zu entwickeln.

Die Handlungsfelder Hochwasserschutz und regionale Kulturlandschaftsgestaltung beziehen sich in rechtlichen Regelungen bislang nur unzureichend aufeinander. Im Zuge einer Klimaanpassungspolitik gewinnen bestehende Synergiepotenziale zwischen Niedrigwasservorsorge, vorbeugendem Hochwasserschutz und regionaler Kulturlandschaftsgestaltung aber an Bedeutung. Diese gilt es strategisch zu nutzen.



Die Veröffentlichung kann kostenfrei bezogen werden bei:
 gabriele.bohm
 @bbr.bund.de
 Stichwort:
 Werkstatt:Praxis 67

Auftragnehmer:

Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS)
 Flakenstraße 28–31
 15537 Erkner

Ludger Gailing
 Tel.: 033362 – 793 252
 E-Mail: gailing@irs-net.de

Kontakt:

Lars Porsche
 Referat I 5
 Verkehr und Umwelt
 Tel.: 0228 99 – 401 23 51
 E-Mail:
 lars.porsche
 @bbr.bund.de

Herausgeber, Herstellung und Selbstverlag

Bundesinstitut für Bau-, Stadt-
und Raumforschung
im Bundesamt für Bauwesen
und Raumordnung, Bonn

Selbstverlag des BBSR, Postfach 21 01 50, 53156 Bonn

G 7718 F

Verantwortlich

Elke Pahl-Weber, Hans-Peter Gatzweiler, Robert Kaltenbrunner

Redaktionelle Bearbeitung

Gabriele Bockshecker

Druck

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn

Die Informationen aus der Forschung des BBSR erscheinen
in unregelmäßiger Folge sechsmal im Jahr.

Interessenten erhalten sie kostenlos.

Frei zum Nachdruck. Belegexemplare erbeten.

Zitierweise:

Informationen aus der Forschung des BBSR 2/2010 – Mai

ISSN 1868 – 0089 (Printversion)



Neues aus der Forschung – www.bbsr.bund.de

Auf der Homepage des BBSR finden Sie unter „Aktuell“ Hinweise zu

- Stellenangeboten
- Ausschreibungen Forschungsprojekte
- Internetbeiträgen
- Veröffentlichungen
- Veranstaltungen
- Medieninformationen

Hier die Internetbeiträge zu Forschungsprojekten, die seit dem letzten BBSR-Info veröffentlicht wurden. Sie finden diese in der Rubrik **Forschungsprogramme**:

Allgemeine Ressortforschung / Raumentwicklung

- Erfolgreiche Transformation industrialisierter Flussgebiete in Europa

Allgemeine Ressortforschung / Stadtentwicklung

- 30 ha Ziel realisiert – Konsequenzen des Szenarios Flächenverbrauchsreduktion auf 30 ha im Jahr 2020 für die Siedlungsentwicklung

Allgemeine Ressortforschung / Wohnungswesen

- Vertiefende Modellprojekte der energetischen Sanierung von Großwohnsiedlungen
- Studie zur Umsetzung der energetischen Sanierung von Großwohnsiedlungen

Experimenteller Wohnungs- und Städtebau / Forschungsfelder

- Integration und Stadtteilpolitik
- Urbane Strategien zum Klimawandel
 - I – Kommunale Strategien und Potenziale zum Klimawandel
 - II – Wohnungs- und immobilienwirtschaftliche Strategien und Potenziale zum Klimawandel

Zukunft Bau / Auftragsforschung

- Wissenschaftliche Begleitung des Runden Tisches Nachhaltiges Bauen und Koordinierung der notwendigen Beiträge
- Fertigstellung des Leitfadens Nachhaltiges Bauen des BMVBS

FoPS (Forschungsprogramm Stadtverkehr)

- Chancen des ÖPNV in den Zeiten einer „Renaissance der Städte“

Der monatliche Newsletter BBSR-Forschung-Online informiert über neue Internetbeiträge, Veranstaltungen, Veröffentlichungen sowie Stellen und Ausschreibungen. Abonnieren Sie ihn unter www.bbsr.bund.de/Aktuell.

Kontakt:

Dr. Karin Veith
Referat SWD
Stab Wissenschaftliche
Dienste
Tel.: 0228 99 – 401 22 97
E-Mail:
karin.veith
@bbr.bund.de